

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung

IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Telefon 90295 - 5002 / 5003

Fax 90295 - 6515

E-Mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de

Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 16.05.2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Dienstag, 24.05.2022

um 17:15 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle (Protokoll vom 05.05.2022)
- 2 Überwiesene Drucksachen
 - 2.1 Vertagte Drucksachen vom 19.05.2022 (soweit vorhanden)
- 3 Überwiesene Drucksachen
 - 3.1 Barrierefreiheit auf dem S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf - Drucksache: IX-0181
 - 3.2 Fußweg in der Garibaldistraße - Drucksache: IX-0182
 - 3.3 Pankow tritt Projekt GOOD BIKES bei - ein neues Leben für Schrotträder - Drucksache: IX-0183
 - 3.4 Radverkehrsanlagen auf der Grabbeallee einrichten - Drucksache: IX-0190
 - 3.5 Elektroautos fördern, Ladeinfrastruktur in Pankow stärken! - Drucksache: IX-0191
 - 3.6 Berliner Straße vom Stau befreien - Drucksache: IX-0193
 - 3.7 Ampel Pasewalker Straße/Berliner Straße/Bahnhofstraße abschaffen - Drucksache: IX-0195
 - 3.8 Baustellenampeln in der Triftstraße in Französisch Buchholz nachts abschalten - Drucksache: IX-0196
 - 3.9 Gewerbegebiete an die Schiene - Drucksache: IX-0197
 - 3.10 Verkehrsberuhigung der Hauptstraße (zurückversetzt) in Rosenthal - Drucksache: IX-0208
 - 3.11 Raus aus den Wohngebieten - Schleichwege für LKWs endlich konsequent unterbinden
Drucksache: IX-0209

3.12 Klare Kante für Protected Bike Lanes - Drucksache: IX-0211

3.13 Projekteinheit Radwege auch für Pankow nutzen! - Drucksache: IX-0217

3.14 Datenprojekt zur Schulwegsicherheit - Drucksache: IX-0223

4 Votierung der Bürger:innenvorschläge zum Bürger:innenhaushalt 2022/23, Vorschläge der lfd. Nr.:
206 bis 209, 211, 212, 216 und 218 bis 220

5 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitzender

Merklblatt Hinweise für die Ausschusssitzungen

- **barrierefreier Zugang zum BVV-Saal im Haus 7**

Der barrierefreie Zugang zum BVV Saal ist über den neuen Fahrstuhl im Haus 7 gewährleistet. Der Fahrstuhl ist erreichbar über den Eingang Prenzlauer Allee.



- **Teilnahmeregelung an Ausschusssitzungen**

Aufgrund der aktuellen Entwicklung und zur Wahrung des Infektionsschutzes bestehen veränderte Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der BVV.

Verhaltensregeln zur Teilnahme an Ausschusssitzungen:

- Die Sitzordnung ist **einzuhalten**.
- Das Tragen von **einer medizinischen Maske oder FFP2-Maske ist im gesamten Gebäude verpflichtend** lediglich am eigenen Sitzplatz ist das Tragen der Maske nicht erforderlich.
- Der **Mindestabstand** von 1,5 Metern ist stets zwischen sich und anderen Personen einzuhalten!
- Personen, die am Sitzungstag Symptome einer COVID-19 Erkrankung aufweisen, werden gebeten, der Sitzung fernzubleiben!
- Nutzen Sie das im Sitzungssaal zur Verfügung stehende Desinfektionsmittel!

Der größtmögliche Schutz vor dem Coronavirus macht eine Platzbegrenzung für Gäste der Ausschusssitzung erforderlich.

Da ein großes Interesse an der Teilnahme zu den Sitzungen der Ausschüsse besteht, werden Organisationen, Interessensgruppen, Initiativen, Vereine ... gebeten, nur jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter zu entsenden, damit einem breiten Kreis Interessierter die Möglichkeit zur Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses gegeben ist.

Im Interesse unser aller Gesundheit wird für diese Maßnahmen um Verständnis gebeten.

gez. Dr. Oliver Jütting

Stand: 28. April 2022



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0181

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Barrierefreiheit auf dem S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die DB Station&Service AG zu wenden und darauf hinzuwirken, dass die am S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf befindlichen Gefahrenstellen für sehbehinderte Menschen provisorisch beseitigt werden und bei einem Umbau des Bahnhofes eine behindertengerechte Ausgestaltung sichergestellt wird.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Daniel Hauer, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

"Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." So steht es in Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes (GG). Eine verbotene Benachteiligung liegt insbesondere dann vor, wenn die Situation von Menschen mit Behinderungen wegen der Behinderung verschlechtert wird. Und genau eine solche Situation finden wir am S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf vor. Der Anspruch muss sein, dass sich jeder – mit oder ohne Einschränkung – sicher an unseren Bahnhöfen orientieren kann.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0182

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Fußweg in der Garibaldistraße**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, in der Garibaldistraße die ursprüngliche Gehwegbreite wieder herzustellen und das Parken auf dem Gehweg wieder durch bauliche Maßnahmen zu unterbinden. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge die Garibaldistraße jeder Zeit ungehindert passieren können.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez: BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Patrizia Flores

Siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Anders als in der Antwort auf die KA 0073/IX dargestellt, führt das regelmäßige beidseitige verkehrswidrige Parken dazu, dass Fußgänger:innen behindert und gefährdet werden und dass Rettungs- und Müllfahrzeuge nicht durchfahren können. Die vor kurzem in dieser Straße durchgeführten Baumaßnahmen haben die Situation sowohl für den Fußverkehr wie auch für Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge deutlich verschlechtert.

2. Ausfertigung



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0182

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Fußweg in der Garibaldistraße**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, in der Garibaldistraße die ursprüngliche Gehwegbreite wieder herzustellen und das Parken auf dem Gehweg wieder durch bauliche Maßnahmen zu unterbinden. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge die Garibaldistraße jeder Zeit ungehindert passieren können.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Linksfraktion
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Patrizia Flores
 Linksfraktion: BV Wolfram Kempe, BV Kirsten Wechsberger, BV Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Anders als in der Antwort auf die KA 0073/IX dargestellt, führt das regelmäßige beidseitige verkehrswidrige Parken dazu, dass Fußgänger:innen behindert und gefährdet werden und dass Rettungs- und Müllfahrzeuge nicht durchfahren können. Die vor kurzem in dieser Straße durchgeführten Baumaßnahmen haben die Situation sowohl für den Fußverkehr wie auch für Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge deutlich verschlechtert.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0183

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Pankow tritt Projekt GOOD BIKES bei – ein neues Leben für Schrotträder

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob die Entfernung, Entsorgung und das Recycling von Schrottfahrrädern durch bereits beauftragte soziale Träger die Kapazitäten übertrifft und es hierbei zu einem Abarbeitungsstau kommt. Das Bezirksamt wird bei einem Abarbeitungsstau ersucht, dem Projekt GOOD BIKES der Goldnetz gGmbH/e. V. beizutreten und damit dafür zu sorgen, dass noch mehr Schrotträder aus dem öffentlichen Raum entfernt und einer Weiterverwendung zugeführt werden.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Anzahl von Schrottfahrrädern in Pankower öffentlichem Straßenland und öffentlichen Grünanlagen ist sehr hoch, wie die kleine Anfrage 0098/IX für die Jahre 2020 mit 1053 und 2021 mit 671 ergab. Mit der Drucksache VIII-0487 wurde eine schnelle Entfernung unter Einbeziehung sozialer Träger im Prozess implementiert. Aufbauend auf den etablierten Prozessen und den Erkenntnissen wird eine sinnvolle Ertüchtigung der Schrotträder durch zwei soziale Träger bereits vollzogen. Insofern die beiden Träger den Aufkommen nicht gerecht werden können, kann das Bezirksamt GOOD BIKES hinzuziehen. Das Projekt GOOD BIKES der Goldnetz GmbH/e. V. widmet sich der nachhaltigen Mobilität in Kooperation mit dem Bezirksamt Mitte von Berlin und dem Jobcenter des Bezirks. Gem. eigener Aussagen des Vereins konnten allein 2022 560 Schrotträder eingesammelt und 9 Tonnen sortierter Schrott dem Recycling zugeführt werden.^[1] „100 verkehrstüchtige Fahrräder konnten wir dann gemeinnützigen Organisationen wie der Arche, Rückenwind oder der Berliner Tafel übergeben“, sagte die Leiterin der Sozialwerkstatt, Andrea Krebs, der BZ Berlin.^[2]

[1] <https://www.goldnetz-berlin.org/goodbikes.htm>, abgerufen am 06.03.2022, 18:01 Uhr

[2] <https://www.bz-berlin.de/berlin/mitte/bezirksamt-mitte-will-aus-fahrrad-skeletten-wieder-neue-bikes-bauen>, 04.03.2022, 17:18 Uhr



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0190

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Radverkehrsanlagen auf der Grabbeallee einrichten**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht sich dafür einzusetzen, dass die Abschnitte der Grabbeallee zwischen Heinrich-Mann-Straße und Pastor-Niemöller-Platz, sowie im weiteren Verlauf die Abschnitte der Herrmann-Hesse-Str. bis zur Blankenburger Straße, mindestens aber bis zur Waldstraße, zeitnah beidseitig mit Radverkehrsanlagen ausgestattet werden.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez: BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die oben genannten Abschnitte sind Teil des Radverkehrsnetzes gemäß dem gültigen Radverkehrsplan und müssen deshalb mit sicheren Radverkehrsanlagen ausgestattet werden. Die Gefährdung Radfahrender angesichts der hohen Kfz-Verkehrsbelastung und der resultierende Lückenschluss zwischen vorhandenen Radverkehrsanlagen erfordern eine hohe Umsetzungspriorität.

Die derzeitige Fahrbahn zwischen der Parkspur auf der rechten Seite und Straßenbahn/Busspur in der Mitte der Straße ist für Fahrrad- und Kfz-Verkehr zu eng. Fahrräder können nicht mit dem vorgeschriebenen Abstand überholt werden. So wird regelmäßig entweder der vorgeschriebene seitliche Überholabstand, zu Radfahrenden oder aber die durchgezogene Sperrlinie der Straßenbahn/Busspur missachtet.

Die Einrichtung einer Fahrradspur würde die Situation für alle Verkehrsteilnehmer*innen deutlich entspannen. Durch die Nutzung der Parkspur würden weder Straßenbahn und Bus noch der Kfz-Verkehr auf dieser vielbefahrenen Bundesstraße beeinträchtigt.

Im Süden könnte die Fahrradspur in Richtung Breitestraße auf der dortigen Parkspur fortgesetzt werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0191

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Elektroautos fördern, Ladeinfrastruktur in Pankow stärken!

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur erreicht wird. Zudem wird das Bezirksamt ersucht, darüber hinaus zu prüfen, durch welche Sonder- und Förderprogramme eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur in Pankow erreicht werden kann und alle nötigen Schritte zu unternehmen, um auf diesem Weg die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in allen Pankower Ortsteilen zu verbessern.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 David Paul, Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Antworten der kleinen Anfragen KA-0014/IX und KA-0052/IX zeigen deutlich, dass es eine Minderversorgung mit leistungsfähiger Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Pankow gibt, wobei die Verteilung sich sehr unterschiedlich darstellt. Besonders im Pankower Norden ist eine Ladeinfrastruktur quasi nicht vorhanden.

Das politische Ziel der Reduktion von CO₂ durch Verbrennungsmotoren kann damit nicht erreicht werden, die Situation ist auch vor dem Hintergrund des Pankower Klimanotstands problematisch. Um die Aufwendungen für den Bezirk möglichst gering zu halten, soll das Bezirksamt Anträge für Mittelzuschüsse im Rahmen von Bundesprogrammen wie z.B.

- „Nicht öffentlich zugängliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge – Unternehmen und Kommunen“^[1] sowie
- „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“^[2]

vorbereiten und diese stellen.

[1] <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMVI/ladestationen-e-fahrzeuge-unternehmen-kommunen.html>, abgerufen am 16.01.2022, 20:30 Uhr

[2] <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMVI/ladeinfrastruktur-elektrofahrzeuge-in-deutschland.html>, abgerufen am 16.01.2022, 20:32 Uhr

2. Ausfertigung



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0191

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Elektroautos fördern, Ladeinfrastruktur in Pankow stärken!**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur erreicht wird. Zudem wird das Bezirksamt ersucht, darüber hinaus zu prüfen, durch welche Sonder- und Förderprogramme eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur in Pankow erreicht werden kann und alle nötigen Schritte zu unternehmen, um auf diesem Weg die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in allen Pankower Ortsteilen zu verbessern.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion der CDU: David Paul, Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: BV Almuth Tharan

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Antworten der kleinen Anfragen KA-0014/IX und KA-0052/IX zeigen deutlich, dass es eine Minderversorgung mit leistungsfähiger Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Pankow gibt, wobei die Verteilung sich sehr unterschiedlich darstellt. Besonders im Pankower Norden ist eine Ladeinfrastruktur quasi nicht vorhanden.

Das politische Ziel der Reduktion von CO₂ durch Verbrennungsmotoren kann damit nicht erreicht werden, die Situation ist auch vor dem Hintergrund des Pankower Klimanotstands problematisch. Um die Aufwendungen für den Bezirk möglichst gering zu halten, soll das Bezirksamt Anträge für Mittelzuschüsse im Rahmen von Bundesprogrammen wie z.B.

- „Nicht öffentlich zugängliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge – Unternehmen und Kommunen“^[1] sowie
 - „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“^[2]
- vorbereiten und diese stellen.

[1] <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMVI/ladestationen-e-fahrzeuge-unternehmen-kommunen.html>, abgerufen am 16.01.2022, 20:30 Uhr

[2] <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMVI/ladeinfrastruktur-elektrofahrzeuge-in-deutschland.html>, abgerufen am 16.01.2022, 20:32 Uhr



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0193

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Berliner Straße vom Stau befreien**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zu wenden und anzuregen, die Ampelschaltung Berliner Straße/Florastraße sowie Berliner Straße/Granitzstraße so anzupassen, dass ein größerer Durchfluss aller Verkehrsträger Richtung Süden zu den Tagesstunden möglich ist.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Aufgrund der aktuellen Schaltungsintervalle an den o. g. Kreuzungsbereichen kommt es während der Werktage zu Staubbildungen, die bis zur Berliner Straße zurückführen und bis in den dortigen Kreuzungsbereich hinein. Dies geht u.a zu lasten des ÖPNV (Tramline 50 & M1 sowie die Buslinien 155, 250 & 255).



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0195

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Ampel Pasewalker Straße/Berliner Straße/Bahnhofstraße abschaffen

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zu wenden und darauf hinzuwirken, dass die Baustellenampel im Bereich der Pasewalker Straße/Berliner Straße/Bahnhofstraße wieder rückgebaut wird.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Im oben genannten Bereich befand sich vor den derzeitigen Bauarbeiten keine Ampel, da eine Regelung alleine aufgrund von Verkehrszeichen gegeben war. Da keine Sichtbeziehungen durch die Baustelle beeinträchtigt werden oder Gefahren durch die Baustelle entstanden sind, ist eine Gefahr die durch eine Ampel behoben werden müsste nicht erkennbar und von daher eine Ampel obsolet.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0196

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

**Betreff: Baustellenampeln in der Triftstraße in Französisch Buchholz nachts
 abschalten**

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zu wenden und darauf hinzuwirken, dass die Baustellenampeln entlang der Triftstraße einschließlich Triftstraße/Schönerlinder Straße nachts abgeschaltet werden.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Derzeit befinden sich im Kreuzungsbereich Triftstraße/Triftstraße/Zeuschelstraße sowie im Kreuzungsbereich Triftstraße/Schönerlinder Straße provisorische Ampeln. Diese ergeben tagsüber Sinn, sowohl für Fußgänger zum Queren als auch um die Gefahren bei hohem Verkehrsaufkommen am Kreuzungsbereich Triftstraße/Schönerlinder Straße zu minimieren. Jedoch ist in den Nachtstunden weder das eine noch das andere gegeben, was eine Ampelschaltung obsolet macht.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0197

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

23.03.2022 BVV

BVV/005/IX

Betreff: Gewerbegebiete an die Schiene**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zu wenden und darauf hinzuwirken, dass das Gewerbegebiet Pankow Nord sowie das Gewerbegebiet Wilhelmsruh an das Schienennetz angebunden werden.

Berlin, den 16.03.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die beiden genannten Gewerbegebiete sind Gebietskulissen des Entwicklungskonzepts für den produktionsgeprägten Bereich und derzeit nicht an das Schienennetz angebunden. Eine Schienenanbindung ist notwendig, um Quell und Zielverkehre zu reduzieren und eine klimagerechte Mobilität zu gewährleisten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0208

Antrag

Fraktion der SPD für Bürger_innen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD für Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung der Hauptstraße (zurückversetzt) in Rosenthal**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, den Straßenabschnitt Hauptstraße 143 bis 147b in einen verkehrsberuhigten Bereich ("Spielstraße") mit den Verkehrszeichen 325.1 nach StVO umzuwandeln und an den Straßeneinfahrten auch bauliche Maßnahmen zur tatsächlichen Reduzierung der Geschwindigkeit zu ergreifen.

Berlin, den 26.04.2022

Einreicher: Fraktion der SPD für Bürger_innen,
 Katja Ahrens, Mike Szidat, Marc Lenkeit, Roland Schröder
 für Julia Kirsch-Bauer und die Bürgerinitiative Historischer Ortskern Rosenthal

Siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der zurückversetzte Straßenabschnitt wird regelmäßig als Abkürzung des Durchgangsverkehrs genutzt, um das marode Kopfsteinpflaster vor der Kirche zu umfahren.

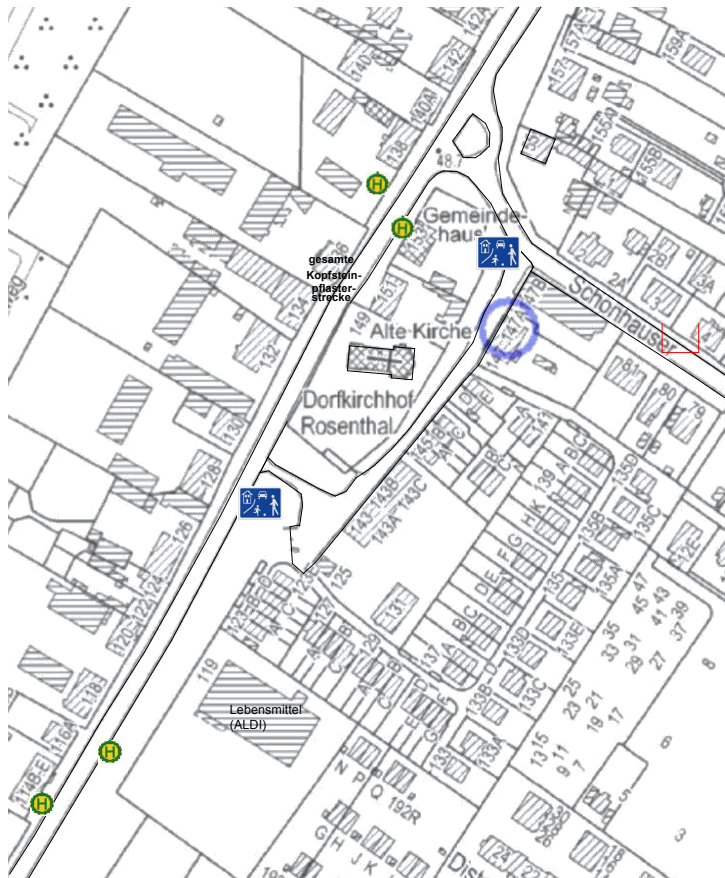
Da auf der bebauten Straßenseite kein Fußweg vorhanden ist, treten die Anwohner direkt auf die Straße und sind so der direkten Gefahr des Verkehrs ausgesetzt.

Teilweise verkeilt sich der Schwerlastverkehr beim Abbiegen in der nicht dafür ausgelegten, zu engen Straße.




Das Bezirksamt hat bestätigt, dass eine Planung für einen Fußweg nicht vorliegt.

Die Straßeneinfahrten sollten baulich eingefasst werden, da der Verkehr von der Schönhauser Str. (Tempo 50) und von der Hauptstr Richtung Wilhelmsruh kommend die Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30) des genannten Straßenabschnitts nicht beachtet.





Legende

-  Fahrbahn in sehr schlechtem Zustand (Kopfsteinpflaster)
-  gewünschte Verkehrsberuhigung, da Abkürzung für KFZ aller Art mit erhöhten! Geschwindigkeitsübertretungen
-  wichtige öffentliche Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten

2. Ausfertigung



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0208

Antrag

Fraktion der SPD für Bürger_innen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD für Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Verkehrsberuhigung der Hauptstraße (zurückversetzt) in Rosenthal**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, den Straßenabschnitt Hauptstraße 143 bis 147b in einen verkehrsberuhigten Bereich ("Spielstraße") mit den Verkehrszeichen 325.1 nach StVO umzuwandeln und an den Straßeneinfahrten auch bauliche Maßnahmen zur tatsächlichen Reduzierung der Geschwindigkeit zu ergreifen. Um neben der Reduzierung der Geschwindigkeit eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs zu erreichen, soll zusätzlich ein klappbarer Poller/ Pfofen an der Einmündung zur zurückversetzten Hauptstraße installiert werden (siehe Karte).

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend



Berlin, den 04.05.2022

Einreicher: Fraktion der SPD für Bürger_innen,
 Katja Ahrens, Mike Szidat, Marc Lenkeit, Roland Schröder für Julia Kirsch-Bauer
 und die Bürgerinitiative Historischer Ortskern Rosenthal

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt
- zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

- überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für

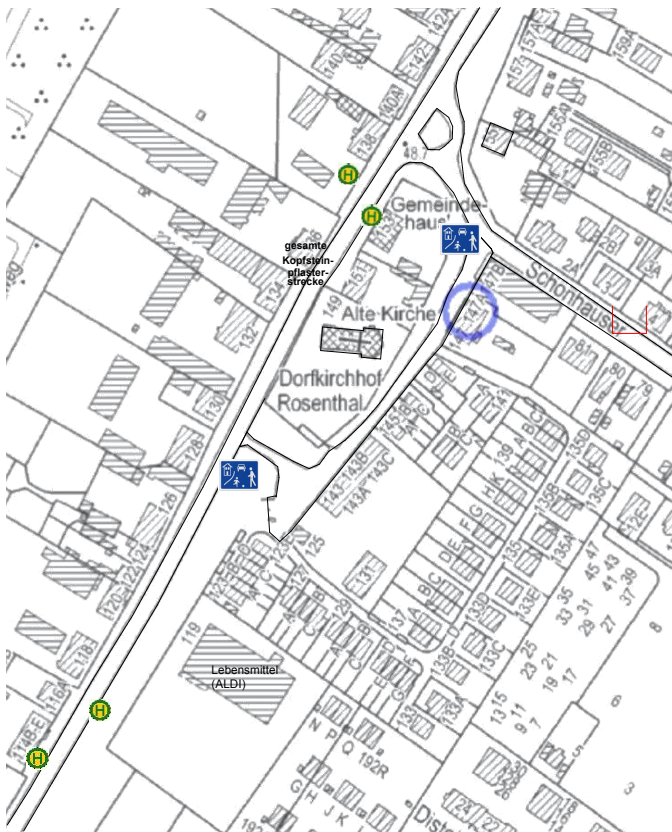
Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend




Begründung:

Der zurückversetzte Straßenabschnitt wird regelmäßig als Abkürzung des Durchgangsverkehrs genutzt, um das marode Kopfsteinpflaster vor der Kirche zu umfahren. Da auf der bebauten Straßenseite kein Fußweg vorhanden ist, treten die Anwohner direkt auf die Straße und sind so der direkten Gefahr des Verkehrs ausgesetzt. Teilweise verkeilt sich der Schwerlastverkehr beim Abbiegen in der nicht dafür ausgelegten, zu engen Straße. Das Bezirksamt hat bestätigt, dass eine Planung für einen Fußweg nicht vorliegt. Die Straßeneinfahrten sollten baulich eingefasst werden, da der Verkehr von der Schönhauser Str. (Tempo 50) und von der Hauptstr Richtung Wilhelmsruh kommend die Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30) des genannten Straßenabschnitts nicht beachtet.





Legende

-  Fahrbahn in sehr schlechtem Zustand (Kopfsteinpflaster)
-  gewünschte Verkehrsberuhigung, da Abkürzung für KFZ aller Art mit erhöhter Geschwindigkeitsübertretungen
-  wichtige öffentliche Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0208

Änderungsantrag

Fraktion der CDU

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD für Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Betreff: Verkehrsberuhigung der Hauptstraße (zurückversetzt) in Rosenthal

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, am südlichen Ende des östlich hinter der Kirche gelegenen Straßenteils der Hauptstraße eine Modalsperre zu errichten, so dass der Durchgangsverkehr (Schleichverkehr) auf der Straße hinter der Kirche unterbunden wird und ausschließlich auf der Hauptstraße stattfindet. Außerdem soll in diesem dann abgehängenen Bereich der Hauptstraße und vor der Hausnummer 143 ein Parkverbot angeordnet werden.

Berlin, den 04.05.2022

Einreicher: Fraktion der CDU

Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die im Ursprungsantrag adressierte Problemlage wird genauso gesehen, allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob die vorgeschlagene Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereiches tatsächlich geeignet ist, um die Durchgangs- und Umfahungsverkehre wirksam zu reduzieren.

Die hier vorgeschlagene Variante unterbindet den motorisierten Verkehr vollständig, ohne erhebliche Nachteile für die Erreichbarkeit der an der Hauptstraße liegenden Grundstücke. Durch die Anordnung eines Parkverbots im betroffenen Abschnitt der Hauptstraße ist sichergestellt, dass auch größere Fahrzeuge problemlos wenden können und nicht gezwungen sind, die vergleichsweise schmalen Abschnitte der Hauptstraße im Bereich der Hausnummern 127 bis 141 zu befahren.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0209

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Raus aus den Wohngebieten – Schleichwege für LKWs endlich konsequent unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in dem zusammenhängenden und durchgehend durch Wohnbebauung geprägten Gebiet in den Ortsteilen Rosenthal, Niederschönhausen und Wilhelmsruh zum Erhalt wohngebietstypischer Verkehrsverhältnisse und Verkehrsarten, in den im Folgenden genannten Straßen Durchfahrtsverbote für Lkw (Kraftfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t, einschließlich ihrer Anhänger, und für Zugmaschinen) gemäß § 45 StVO anordnen, um die Nutzung durch gemäß Berliner Straßengesetz hier nicht vorgesehenen ortsfremdem bzw. überregionalem / internationalem schweren Lastverkehr zu verhindern. Das Gebiet wird umschlossen bzw. verkehrlich erschlossen über die folgenden Straßen des übergeordneten Straßennetzes:

- Schönhauser Straße (Rosenthal);
- Kastanienallee (Rosenthal);
- Mönchmühler Straße (Rosenthal);
- Friedrich-Engels-Straße (Rosenthal);
- Straße vor Schönholz (Niederschönhausen);
- Germanenstraße (Niederschönhausen);
- Herrmann-Hesse Straße (Niederschönhausen);
- Hauptstraße (Wilhelmsruh & Rosenthal).

Hierbei ist zur Gewährleistung der örtlichen Versorgung die Nutzung der Straßen für Fahrzeuge >7,5t zul. Gesamtgewicht zu ermöglichen, sofern die dafür erforderlichen Verkehre ihre Quelle oder ihr Ziel im Gebiet hat, das durch die o.g. Straßen umgrenzt wird (Zeichen 253 + Zusatzzeichen 1053-33 „7,5t“ und Zusatzzeichen 1020-30 „Anlieger frei“).

Zur Vermeidung von Belastung anderer für o.g. Verkehre ebenfalls nicht geeigneter Straßen sind zusätzlich Nebenstraßen mit Zufahrt zu den o.g. Straßen in diesem Gebiet, sowie die Wollankstraße an der Bezirksgrenze zu Reinickendorf und ggfs. daran angrenzende Straßen in gleicher Weise zu beschränken.

Berlin, den 26.04.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
Katja Ahrens, Mike Szidat, Marc Lenkeit, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die o.g. Ortsteile sind fast ausschließlich durch Wohngebiete einschließlich typischer Versorgungs- und Bildungseinrichtungen geprägt und stellen durch ihre Lage einen gemeinsamen Verkehrsraum dar. Durch die Lage der Wohngebiete angrenzend an die Industriegebiete in Reinickendorf im Westen und den Autobahnanschluss zur A114 im Osten werden die vorfahrtberechtigten Straßen in diesen Wohngebieten in hohem Maße durch überregionalen Schwerlastverkehr zum Zwecke der Abkürzung benutzt.

Die Verkehrsstärkenkarte des Berliner Senats weist Verkehrsstärken von LKW >3,5t zul. Gesamtgewicht zwischen 350 und 1140 LKW pro 24 Stunden auf. Der schwere Lastverkehr setzt sich zum einen Teil aus regelmäßigen Verkehren (z.B. Transport von Ersatzbrennstoffen, Schrott oder Schüttgüter) aus den Industriegebieten in Reinickendorf, und zum anderen Teil aus gemischten Verkehren aus dem gesamten Westteil der Stadt zusammen (z.B. internationale Speditionen), für welche die Route durch den o.g. Verkehrsraum nur eine geringfügige Abkürzung auf dem Weg zur Autobahn darstellt, die aber bereits deshalb auf den Navigationsgeräten der LKW angezeigt wird.

Die durch den ortsfremden LKW-Verkehr hervorgerufenen Probleme werden seit vielen Jahren gegenüber der bezirklichen Verwaltung, der Bezirksverordnetenversammlung von Pankow und gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verkehr und Klimaschutz thematisiert, zuletzt in der Drs. VIII-0930 der BVV Pankow² oder der Petition „Für ein modernes Verkehrskonzept im Norden von Pankow und gegen Schwerlastverkehr in Wohngebieten“³, die >3.600 Menschen unterschrieben haben. Dennoch sind bisher keine Lösungsansätze entwickelt oder Maßnahmen zur Minderung der Verkehrsbelastung ergriffen worden.

Für die Nutzung der o.g. Straßen durch überregionalen schweren Lastverkehr besteht keine verkehrsplanerische oder gesetzliche Grundlage. Gemäß § 20 Nr. 1 BerlStrG stehen Straßen I. Ordnung dem Fern- und Regionalverkehr zur Verfügung. Auf Straßen II. Ordnung soll nur überbezirklicher Verkehr erfolgen (§ 20 Nr. 2 BerlStrG). Keine der o.g. Straßen stellen eine Straße I. Ordnung dar. Gemäß den Kategorien der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verkehr und Klimaschutz sind mit Ausnahme der Friedrich-Engels-Straße und eines Teils der Herrmann-Hesse Straße (Stufe II) alle übrigen Straßen der Funktionsstufe III und IV zugeordnet, auf denen ebenfalls überregionaler Schwerlastverkehr nicht vorgesehen ist. Mit dem Durchfahrtsverbot soll daher eine regelwidrige Fehlnutzung dieser Straßen beendet werden.

Neben der fehlenden gesetzlichen bzw. Verkehrsplanerischen Grundlage führt die Nutzung der o.g. Straßen durch schweren überregionalen Lastverkehr zu offensichtlichen Konflikten mit den Wohnbedürfnissen der örtlichen Bevölkerung. Zum einen beeinträchtigt die Nutzung der engen Wohngebietsstraßen durch schwere LKW in hohem Maße die Verkehrssicherheit und die Nutzbarkeit, insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmer. Vor allem die Nutzung für Radverkehr oder für Kitakinder-/Schülerverkehr ist auf diesen Straßen faktisch nicht mehr gegeben, und die in Wohngebieten übliche Straßennutzung wird durch den übermäßigen LKW-Verkehr bei häufig ebenfalls hohem ortsfremden Pendlerverkehr weitgehend verdrängt. Ebenso bestehen erhebliche Einschränkungen des ÖPNV-Busverkehrs, der wegen der Fahrzeugbreiten auf entgegenkommende LKW regelmäßig warten muss, was insgesamt zu chaotischen Verkehrssituationen auf engen Straßen führt.

Die Nutzung durch schweren Lastverkehr verletzt auch regelhaft die Einhaltung der gesetzlich geschützten Nachtruhe, da diese Verkehre in der Regel ab 03 Uhr morgens beginnen und bis Mitternacht anhalten. Selbst für Anwohnende in Häusern mit Abstand zu den o.g. Straßen ist Schlafen mit geöffneten Fenstern hierdurch nicht mehr möglich. Dauerhafte Störungen der Nachtruhe und eine Lärmbelastung, die lt. amtlicher Lärmkarte bis über 75 dB(A) beträgt, bedrohen die Gesundheit der Anwohnenden in erheblichem Maße.

An mehreren Orten bestehen – auch aufgrund der für diese Verkehre ungeeigneten Fahrbahnbeschaffenheiten – gutachterlich nachgewiesene Vibrationsbelastungen in Häusern bis zum

8-fachen der zulässigen Norm; die Auswirkungen des Verkehrs dringen somit dauerhaft und in alle Lebensbereiche der Anwohnenden ein.

Die Vermeidung der Nutzung der o.g. Wohngebiete durch schweren Lastverkehr ist aus den o.g. Gründen ohne Alternative, wenn diese Gebiete aus städtebaulicher Perspektive als Wohngebiet erhalten und weiterentwickelt werden sollen, ferner entspricht dies ebenfalls dem Ziel der Schaffung eines stadtverträglichen Wirtschaftsverkehrs, und ist auch zur Wahrung grundrechtlicher Schutzpflichten des Staates gegenüber den Anwohnenden geboten.⁴

Für die Nutzung durch schweren Lastverkehr aus den Industriegebieten in Reinickendorf stehen in unmittelbarer Nähe vierspurig ausgebaute Straßenverbindungen der Kategorien I nach Berliner Straßengesetz bzw. der Funktionsstufe I nach der Kategorisierung der Senatsverwaltung zum Autobahnanschluss A114 oder zu anderen Autobahnen (z.B. Tegel) zur Verfügung, ohne dass der Wirtschaftsverkehr hierdurch wesentlich beeinträchtigt werden würde, namentlich z.B. die Roedernallee, Residenzstraße, Osloer Straße, Prenzlauer Allee nach Osten bzw. die Lindauer Allee, Holzhauser Straße, Nordgraben nach Westen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0209

Änderungsantrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Raus aus den Wohngebieten – Schleichwege für LKWs endlich konsequent unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei SenUMVK dafür einzusetzen, dass in den zusammenhängenden und durchgehend durch Wohnbebauung geprägten Gebieten in den Ortsteilen Rosenthal, Französisch Buchholz, Niederschönhausen, Wilhelmsruh und Blankenfelde zum Erhalt wohngebietstypischer Verkehrsverhältnisse und Verkehrsarten, in den im Folgenden genannten Straßen Durchfahrtsverbote für LKW (Kraftfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t, einschließlich ihrer Anhänger, und für Zugmaschinen) gemäß § 45 StVO angeordnet werden, um die Nutzung durch gemäß Berliner Straßengesetz hier nicht vorgesehene, ortsfremde bzw. überregionale / internationale schwerere Lastverkehr zu verhindern. Hierzu soll das Bezirksamt bei SenUMVK anregen, die dafür gemäß § 45 StVO notwendigen Datenerhebungen betreffend des Schwerlastverkehrs und die hieraus resultierenden „qualifizierten Gefahrenlagen“ zu ermitteln, um die Voraussetzungen zur Anordnung von Durchfahrtsverboten zu schaffen. Die Anordnungen sind dabei so zu platzieren, dass ein Abbiegen der der LKW in nicht gesperrte Straßen möglich ist.

Das zu betrachtende Gebiet wird umschlossen bzw. verkehrlich erschlossen über die folgenden Straßen des übergeordneten Straßennetzes:

- Schönhauser Straße (Rosenthal);
- Kastanienallee (Rosenthal);
- Mönchmühler Straße (Rosenthal & Blankenfelde);
- Hauptstraße (Blankenfelde);
- Buchholzer Straße (Blankenfelde);
- Friedrich-Engels-Straße (Rosenthal);
- Straße vor Schönholz (Niederschönhausen);
- Germanenstraße (Niederschönhausen);
- Herrmann-Hesse Straße (Niederschönhausen);
- Hauptstraße (Wilhelmsruh & Rosenthal);
- Kopenhagener Straße (Wilhelmsruh);
- Edelweißstr. (Wilhelmsruh);

- Rosenthaler Weg (Französisch Buchholz);
- Triftstraße (Französisch Buchholz);
- Blankenfelder Str. (Niederschönhausen);
- Hauptstraße (Französisch Buchholz);
- Blankenfelder Straße (Französisch Buchholz)

Hierbei ist zur Gewährleistung der örtlichen Versorgung die Nutzung der Straßen für Fahrzeuge >7,5t zul. Gesamtgewicht zu ermöglichen, sofern die dafür erforderlichen Verkehre ihre Quelle oder ihr Ziel im Gebiet haben, das durch die o.g. Straßen umgrenzt wird (Zeichen 253

+ Zusatzzeichen 1053-33 „7,5t“ und Zusatzzeichen 1020-30 „Anlieger frei“).

Zur Vermeidung von Belastung anderer für o.g. Verkehre ebenfalls nicht geeigneter Straßen sind zusätzlich Nebenstraßen mit Zufahrt zu den o.g. Straßen in diesen Gebieten zu beschränken.

Berlin, den 04.05.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
Lars Bocian, Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der
CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Das Ziel des Ursprungsantrags ist es, den Schwerlastverkehr um ein bestimmtes Gebiet herumzuleiten. Die umliegenden Ortsteile würden damit umso stärker belastet. Besonders Niederschönhausen und Französisch Buchholz wären davon betroffen, aber auch Blankenfelde.

Gerade der Rosenthaler Weg, die Buchholzer Straße und die Hauptstraße sind jetzt schon stark belastet. Auch wenn das Anliegen des Ursprungsantrags nachvollziehbar ist, die dort genannten Straßen vom Schwerlastverkehr zu befreien, kann es nicht zu Lasten der Anwohner der umliegenden übergeordneten Straßen gehen. Der Änderungsantrag soll auch die Anwohner der zusätzlich aufgezählten Straßen vor der Mehrbelastung durch Schwerlastverkehr schützen.

Weiterhin richtet sich der Ursprungsantrag an das Bezirksamt (hier vermutlich Stadtentwicklung/Verkehrsplanung), welches hier jedoch nicht zuständig ist. Der Änderungsantrag adressiert die Senatsverwaltung als für übergeordnete Straßen zuständige Behörde.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0211

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Klare Kante für Protected Bike Lanes**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen,
 bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK)
 darauf hinzuwirken, dass bei der Einrichtung geschützter Radfahrstreifen Bordsteinkanten
 anstelle von Pollern als robuste Trennung eingesetzt werden.

Berlin, den 26.04.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Trennung des Radverkehrs vom Kfz-Verkehr durch geschützte Radfahrstreifen, sog. Protected Bike Lanes (PBL), hat sich bewährt und die Verkehrssicherheit für Radfahrende signifikant erhöht. Die PBL's werden als abgetrennte Radspuren mit Protektion gebaut, in Berlin werden diese mittels Poller abgetrennt. Diese Poller be- und verhindern jedoch auf den verkehrsreichen Hauptstraßen häufig die Bildung einer Rettungsgasse und erschweren ein Durchkommen für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge. In vielen deutschen Großstädten, u. a. in Hamburg, Hannover und Bochum, werden daher zur baulichen Abtrennung anstelle der Poller Bordsteinkanten verwendet. Diese ermöglichen ein Überfahren und gewähren im Ernstfall den notwendigen Raum zum Ausweichen, die Sicherheit für die Radfahrenden hingegen wird nicht eingeschränkt. Als zusätzlicher Nebeneffekt würde auch die Optik des öffentlichen Raums weniger entstellt.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0217

Antrag

Fraktionen Linke und Bündnis 90/Die
Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktionen Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022

BVV

BVV/006/IX

Betreff: Projekteinheit Radwege auch für Pankow nutzen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich unverzüglich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz hinsichtlich der

- Kniprodestraße
- Blankenfelder Chaussee mindestens bis zur Kreuzung Blankenfelder Chaussee/Hauptstraße
- Hermann-Hesse-Straße
- Grabbeallee
- Tino-Schwierzina-Straße
- Mühlenstraße sowie
- Breiten Straße

um eine Aufnahme in die Liste prioritär und schnell umzusetzender Projekte der sogenannten „Projekteinheit Radwege“ zu bemühen und dies in eine entsprechende Rahmenvereinbarung münden zu lassen.

Berlin, den 26.04.2022

Einreicher: Fraktionen Linke und Bündnis 90/Die Grünen,
 Linksfraktion, gez. BV Wolfram Kempe, BV Kirsten Wechselberger, BV Matthias
 Zarbock
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gez. BV Patrizia Flores, BV Almuth Tharan, BV Hannah
 Wettig

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Das Mobilitätsgesetz mit seinen sehr expliziten Vorgaben für die Qualität und Quantität von Radverkehrsanlagen wird in Berlin an sehr wenigen Stellen eindeutig eingehalten. Abgesehen vom Ermessen, andere Verkehrsarten je nach Ortslage nicht einschränken zu wollen oder zu können, wird häufig genug – gerade für Pankow – die lahmende Verkehrswende mit Ressourcen im Bezirksamt begründet.

Das ist nicht nur angesichts der zwei explizit für Radverkehr zuständigen Verkehrsplaner im Straßen- und Grünflächenamt nicht immer nachvollziehbar. Besonders pikant in dieser Argumentation ist die Absage an die durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz eingerichtete „Projekteinheit Radwege“.

Weder im FahrRat noch im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung konnte das Bezirksamt hier nachvollziehbar erläutern, wieso man das Angebot nicht nutzen wolle, zentral war jedoch jeweils der Verweis auf die fehlenden geeigneten Straßenzüge.

Mindestens die im Antrag benannten Straßenzüge erfüllen die von der Senatsverwaltung benannten Kriterien und kommen mithin für eine zügige Aufnahme in den Projektkontext.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0223

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Datenprojekt zur Schulwegsicherheit**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, eine Analyse der Sicherheit auf Schulwegen in Pankow in Anlehnung an das „Datenprojekt zur Schulwegsicherheit in Friedrichshain-Kreuzberg“ <https://fixmyberlin.de/schulwegsicherheit/friedrichshain-kreuzberg> zu erstellen.

Ziele der Datenanalyse sollen sein:

- Darstellung der Schulwege von Grundschüler:innen öffentlicher und privater Schulen auf Basis anonymisierter Adressen von Kindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren aus dem Einwohnerregister.
- Darstellung relevanter Gefahrensituationen auf Basis leicht verfügbarer und frei zugänglicher Daten (z.B. Unfälle mit Personenschaden, zulässige Höchstgeschwindigkeiten u.ä.)

Die Ergebnisse dieser Datenanalyse sollen eine Übersicht darstellen, welche Straßenabschnitte täglich von wie vielen Schüler:innen zurückgelegt werden, welche sichereren Alternativrouten sich anbieten, und wo Verbesserungen der Schulwegsicherheit den größten Effekt hätten.

Berlin, den 26.04.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Patrizia Flores

Siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Nach Aussage des Bezirksamtes werden bis jetzt keine Informationen über Defizite bei der Schulwegsicherheit systematisch erhoben (KA 0173/IX). Das Verkehrssicherheitsprogramm nach §17 (3) Punkt 2 MobG BE fordert aber geeignete Maßnahmen zur Herstellung von Schulwegsicherheit, §17a (6). MobG BE fordert sogar die Bezirke auf, konkrete Projekte zur Förderung der Schulwegsicherheit zu benennen. Und die nach MobG BE §17a (5) zu schaffenden Gremien für Mobilität an Schulen sollen dem Bezirksamt auch eigene Vorschläge unterbreiten, damit Grundschulkinder ihre Schulwege besser bewältigen können.

Daher bietet es sich an, eine digitale Datengrundlage zu schaffen, die Informationen über die Defizite bei der Schulwegsicherheit systematisch sammelt. Denn knappe Ressourcen erfordern eine Priorisierung von Maßnahmen mit größtmöglichen Effekten für möglichst viele Schüler:innen.

Visualisierungen, wie die im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bereits umgesetzt wurden <https://fixmyberlin.de/schulwegsicherheit/friedrichshain-kreuzberg>, lassen sich unter Verwendung von open data schnell und kostengünstig erstellen.

Mit einer solch aussagekräftigen Visualisierung der Situation lässt sich partizipative Planung von Maßnahmen zur Erhöhung der Schulwegsicherheit effizienter und auch bei mangelnden personellen Ausstattung voranbringen.

2. Ausfertigung



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0223

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen: Fraktion der FDP

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Datenprojekt zur Schulwegsicherheit**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, eine Analyse der Sicherheit auf Schulwegen in Pankow in Anlehnung an das „Datenprojekt zur Schulwegsicherheit in Friedrichshain-Kreuzberg“ <https://fixmyberlin.de/schulwegsicherheit/friedrichshain-kreuzberg> zu erstellen.

Ziele der Datenanalyse sollen sein:

- Darstellung der Schulwege von Grundschüler:innen öffentlicher und privater Schulen auf Basis anonymisierter Adressen von Kindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren aus dem Einwohnerregister.
- Darstellung relevanter Gefahrensituationen auf Basis leicht verfügbarer und frei zugänglicher Daten (z.B. Unfälle mit Personenschaden, zulässige Höchstgeschwindigkeiten u.ä.)

Die Ergebnisse dieser Datenanalyse sollen eine Übersicht darstellen, welche Straßenabschnitte täglich von wie vielen Schüler:innen zurückgelegt werden, welche sichereren Alternativrouten sich anbieten, und wo Verbesserungen der Schulwegsicherheit den größten Effekt hätten.

Berlin, den 05.05.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der FDP

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Patrizia Flores

Fraktion der FDP: Dr. Thomas Enge

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Nach Aussage des Bezirksamtes werden bis jetzt keine Informationen über Defizite bei der Schulwegsicherheit systematisch erhoben (KA 0173/IX). Das Verkehrssicherheitsprogramm nach §17 (3) Punkt 2 MobG BE fordert aber geeignete Maßnahmen zur Herstellung von Schulwegsicherheit, §17a (6). MobG BE fordert sogar die Bezirke auf, konkrete Projekte zur Förderung der Schulwegsicherheit zu benennen. Und die nach MobG BE §17a (5) zu schaffenden Gremien für Mobilität an Schulen sollen dem Bezirksamt auch eigene Vorschläge unterbreiten, damit Grundschulkindern ihre Schulwege besser bewältigen können.

Daher bietet es sich an, eine digitale Datengrundlage zu schaffen, die Informationen über die Defizite bei der Schulwegsicherheit systematisch sammelt. Denn knappe Ressourcen erfordern eine Priorisierung von Maßnahmen mit größtmöglichen Effekten für möglichst viele Schüler:innen.

Visualisierungen, wie die im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bereits umgesetzt wurden <https://fixmyberlin.de/schulwegsicherheit/friedrichshain-kreuzberg>, lassen sich unter Verwendung von open data schnell und kostengünstig erstellen.

Mit einer solch aussagekräftigen Visualisierung der Situation lässt sich partizipative Planung von Maßnahmen zur Erhöhung der Schulwegsicherheit effizienter und auch bei mangelnden personellen Ausstattung voranbringen.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 24.05.2022

Beginn: 17:15 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Ahrens, Katja - SPD -		
Bordfeld, Frederik - Linke -		
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -		
Flores Rivera, Patrizia - Bü 90/Grüne -		
Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -		
Kempe, Wolfram - Linke -		
Lenkeit, Marc - SPD -		
N.N., AfD - AfD -		
Pasternack, Jörn - CDU -		
Schirmer, Maximilian - Linke -		
Simon, Oliver - FDP -		
Szida, Mike - SPD -		
Tharan, Almuth - Bü 90/Grüne -		
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Hübner, Matthias - SPD -		
Feihe, Felix - CDU -		
Haustein, Jens - Bü 90/Grüne -		
Stiller, Jurik - Linke -		
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Boschert, Carlos - SPD -		
Deisler, Jonathan - Linke -		
Ehrhardt, Friedrich - Bü 90/Grüne -		

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **24.05.2022**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Struck, Olaf - CDU -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -

BzStRin

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 24.05.2022

GÄSTELISTE
